

Kurzbericht

Ausschuss für Soziales, Arbeit Gesundheit und Gleichstellung

(53. - öffentliche - Sitzung am 5. Dezember 2024)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5878](#)
hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er plant, die rechtliche Stellungnahme des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes in seiner Sitzung am 9. Januar 2025 entgegenzunehmen und in selbiger Sitzung, spätestens jedoch in der Sitzung am 16. Januar 2025, über eine Beschlussempfehlung abzustimmen. Es ist vorgesehen, mit dem Gesetzentwurf das Januar-Plenum zu erreichen.

2. **Ein interdisziplinäres Versorgungsangebot für schwer betroffene Menschen mit Fatigue-Syndrom etablieren**
Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5086](#)
hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er bittet für eine der nächsten Sitzungen die Landesregierung um eine weitere Unterrichtung mit einem Fokus auf diejenigen Aspekte des Antrags, die in den Kompetenzbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur fallen. Im weiteren Verfahren sieht er nach Entgegennahme der zweiten Unterrichtung vor, eine mündliche Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu den aktuellen Zuständen im Ameos-Klinikum Osnabrück**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

4. a) **Kinderschutz an erster Stelle! Von der Kinderschutzstrategie zum niedersächsischen Landeskinderschutzgesetz**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
[Drs. 19/4584](#)

b) **Kinderschutz neu denken - Sicherheit für unsere Kleinsten an erste Stelle setzen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5647](#)

hier: Klärung von Verfahrensfragen

Der Ausschuss klärt Verfahrens- und Terminfragen zu der vorgesehenen mündlichen Anhörung. Er plant, diese in einer ganztägigen Sitzung am 6. Februar 2025 durchzuführen.